

## **BERLIN AKTUELL**

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 284 – 20. Oktober 2023

### **Intro**

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

den Deutschen Bundestag beschäftigen weiterhin die Auswirkungen des Terrorangriffs der Hamas auf Israel. Seither erleben wir in deutschen Städten Hass und Gewalt gegen Jüdinnen und Juden. Demonstranten feiern auf deutschen Straßen den Tod von Jüdinnen und Juden. Vereine mit Sitz in Deutschland unterstützen teils offen und teils unter dem Deckmantel "humanitärer Ziele" die Hamas und andere islamistische Gruppen. Jüdinnen und Juden fühlen sich in Deutschland nicht mehr sicher und werden beispielsweise gewarnt, in der Öffentlichkeit eine Kippa zu tragen. In einer Aktuellen Stunde und im Rahmen einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers hat der Deutsche Bundestag diese Vorkommnisse verurteilt und seine Solidarität mit den Jüdinnen und Juden in Deutschland zum Ausdruck gebracht.

Der Rechtsstaat muss mit allen Mitteln gegen diese Demonstranten und Organisationen vorgehen. Antisemitismus ist nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich für die Überprüfung aller Zahlungen an die palästinensischen Gebiete und Organisationen ein. Wer Israel vernichten will oder den Holocaust verharmlost, darf kein deutsches Steuergeld erhalten.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

### **Bei der Ampel wird die LKW-Maut zum Inflationstreiber**

Die Ampel-Fraktionen SPD, Grüne und FDP haben in dieser Woche die Ausweitung der LKW-Maut beschlossen. Ab dem 1. Dezember 2023 wird damit ein neuer CO2-Aufschlag auf die Lkw-Maut eingeführt. Außerdem wird die Mautpflicht auf Fahrzeuge mit einem Gewicht ab 3,5 Tonnen ausgeweitet werden. Bisher galt die Lkw-Maut erst für Fahrzeuge ab einem Gewicht von 7,5 Tonnen.

**1. Technologieoffenheit:** In der geplanten CO<sub>2</sub>-Differenzierung werden Fahrzeuge, die mit alternativen Kraftstoffen (Bio-Diesel, Bio-LNG, E-Fuels) betrieben werden, nicht berücksichtigt. Lediglich batterieelektrische Fahrzeuge sowie Wasserstoff-betriebene Fahrzeuge werden als „emissionsfrei“ eingestuft und damit bis zum 31. Dezember 2025 von der Maut befreit. Im Gegensatz zur Elektromobilität sind für nachhaltige Kraftstoffe sowohl Fahrzeuge als auch Infrastruktur bereits vorhanden. Insbesondere fortschrittliche Biokraftstoffe leisten bereits jetzt einen wichtigen Beitrag zur Verringerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und sollten daher berücksichtigt werden.

**2. Lenkungswirkung:** Zum geplanten Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des CO<sub>2</sub>-Aufschlags am 1. Dezember 2023 stehen weder leistungsfähige batterieelektrische oder Wasserstoff-betriebene Lkw zur Verfügung noch die zugehörige Lade- bzw. Tankinfrastruktur. Hersteller und Transportbranche rechnen mit dem Markthochlauf dieser Technologie ab Mitte bzw. am Ende dieses Jahrzehnts. Vor diesem Hintergrund kann die Lkw-Maut mit der vorgestellten CO<sub>2</sub>-Komponente nicht die beabsichtigte klimapolitische Lenkungswirkung entfalten.

**3. Finanzierungskreislauf Straße:** Die Mehreinnahmen aus der neuen Lkw-Maut sollen nach dem Willen von SPD, Grünen und FDP künftig zu einem erheblichen Teil in die Schieneninfrastruktur fließen. Dies bedeutet die Abkehr vom bewährten Finanzierungskreislauf Straße und eine Quersubventionierung der Schiene. Der Anteil des Lkw am Güterverkehrsaufkommen beträgt nahezu konstant rund 70 Prozent. Nach der aktuellen Verkehrsprognose wird sich dies auch auf absehbare Zeit nicht ändern. Der Investitionsbedarf bei der Straßeninfrastruktur bleibt daher hoch und die Mauteinnahmen werden dort dringend benötigt.

**4. Ausschluss der Doppelbelastung durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Rahmen des nationalen CO<sub>2</sub>-Emissionshandels:** Die Ampel hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt: „Wir werden 2023 eine CO<sub>2</sub>-Differenzierung der Lkw-Maut vornehmen, den gewerblichen Güterkraftverkehr ab 3,5 Tonnen einbeziehen und einen CO<sub>2</sub>-Zuschlag einführen, unter der Bedingung, eine Doppelbelastung durch den CO<sub>2</sub>-Preis auszuschließen.“ Im nun beschlossenen Gesetzentwurf fehlt jeder Hinweis auf eine Entlastung der Transportunternehmen vom CO<sub>2</sub>-Preis. In der Folge werden die Unternehmen gleich doppelt für ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß zahlen: beim Kraftstoff und bei der Maut.

Laut Berechnungen des Bundesverbandes Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL) bedeutet diese Mauterhöhung eine Mehrbelastung von 350 bis 400 Euro im Jahr für einen Vierpersonenhaushalt.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir mit einem Änderungsantrag und einem Entschließungsantrag auf die Kritik aus der Branche und die zu erwartende Mehrbelastung für die Verbraucher aufmerksam gemacht und Änderungsvorschläge unterbreitet. Die Ampel ist unseren Vorschlägen leider nicht gefolgt. Deshalb haben wir dem Gesetzentwurf nicht zugestimmt.

## Ampel-Murks beim Lobbyregister

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche Änderungen am Lobbyregister beschlossen. Und auch hier erleben wir ein immer wiederkehrendes Muster bei dieser Koalition: Sie scheitert an ihren eigenen Ansprüchen. Anstatt für mehr Transparenz zu sorgen, schafft die Ampel ein Bürokratiemonster ohne Mehrwert. Alle Infos dazu gibt's in meiner Rede: <https://www.youtube.com/watch?v=vGAgEVSxSRc>

## Cannabis-Legalisierung ist das falsche Signal zur falschen Zeit

**Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche erstmals den Gesetzentwurf der Ampel zur Cannabis-Legalisierung beraten. Die Cannabis-Legalisierung ist aus meiner Sicht das falsche Signal zur falschen Zeit. Aktuelle klinische Studien belegen erneut die Gefahren des Cannabiskonsums. So steigt die Suizidalität mit zunehmendem Cannabiskonsum. Der Konsum kann Psychosen wie bipolare Störungen auslösen. Cannabiskonsumierende brechen zudem häufiger die Schule ab und haben häufig geringere Bildungsabschlüsse als Nicht-Konsumierende. Insbesondere für Personen unter 25 Jahren sind die Risiken enorm. Die Ampel ignoriert diese Gefahren wissentlich.**

**In einem Antrag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung daher auf, ihre Pläne zur Cannabis-Legalisierung zu beenden und dafür die Aufklärungs- und Präventivmaßnahmen ebenso zu verstärken wie die Forschung zu medizinischem Cannabis.**

**Der Bundesgesundheitsminister muss sich endlich um die wirklichen Probleme im Gesundheitssystem kümmern. Kaum eine Woche vergeht ohne Protestaktion aus dem Gesundheitswesen. Apotheker, Hausärzte und Kliniken haben in den vergangenen Monaten wiederholt auf ihre schwierige Lage aufmerksam gemacht. Die Reaktion von Minister Lauterbach ist immer die gleiche: Er habe Verständnis, könne aber leider nichts tun. Was er aber offensichtlich tun kann, ist das Kiffen voranzutreiben. Das ist eine politische Bankrotterklärung.**

## Doppelter Besuch aus der Eifel

In der letzten Sitzungswoche hat mich eine Schülergruppe des Eifel-Gymnasiums Neuerburg besucht. Mit dem Sozialkunde-Leistungskurs von Herrn Fallis habe ich über tagespolitische Themen wie den Krieg im Nahen Osten, die Migrationspolitik und unsere Arbeit in der Opposition diskutiert. Vielen Dank für das große Interesse und den konstruktiven Austausch!

In dieser Sitzungswoche hatte ich Besuch aus dem Eifelkreis Bitburg-Prüm. Vier engagierte Kommunalpolitikerinnen, mit denen ich in der Eifel eng zusammenarbeite, sind zum CDU-Netzwerktreffen der Kommunalpolitikerinnen in der Hauptstadt. In der CDU und insbesondere in den kommunalen Räten brauchen wir mehr Frauen. Gut, dass wir in der Eifel mit Carolin Hostert-Hack, Bettina Mayer, Anja Esch und Senta Plein (v.l.n.r.) solche starken Vorbilder haben.

Impressum gem. § 5 TMG:  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
Patrick Schnieder MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227 71884  
E-Mail: [patrick.schnieder@bundestag.de](mailto:patrick.schnieder@bundestag.de)